

Abonnements

Werden beim Verlag und besten bekannten Agenten entgegen-gemessen, und zwar zum voraus zahlbaren

Der Sozialdemokrat

Ersteinst wöchentlich einmal in London. Verlag der German Cooperative Publishing Co. E. Bernstein & Co., London N. W. 114 Kentish Town Road.

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

N. 14.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbreiteten „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schiebe man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Bekannten. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

6. April 1889.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Zur Beachtung bei Posteingahlungen.

Für Posteingahlungen ist nur zu adressiren: G. Verstein & Cie., 114 Kentish Town Road, direkt zahlbar bei der Kentish Town Road Post-Office, London N. W.

doch gewesen, und welche ungeheure Fortschritte hat doch der Monarchismus in puncto des Mindestverbrauchs von geistiger Kraft gemacht — und ganz wesentlich Dir und Deiner Genialität ist dieser riesige Fortschritt zu danken.

Bismarck eingebracht und zunächst dem Bundesrath vorgelegte Preßnebelakte sei blos eingebracht worden, um das Sozialistengesetz glatt durchzubrühen.

Der internationale Arbeiterkongress von 1889.

Eine Antwort an die „Justice“. (Schluß.)

Die Beschlüsse eines solchen Kongresses können selbst für die, die auf ihn vertreten waren, kaum als bindend betrachtet werden, und seine eigentlichen Einberufer, das Parlamentarische Komitee, lehnen sie auch ab, indem sie sich weigern, für irgend einen derselben die Hand zu rühren.

Aus Deutschland.

Als Kanzler Oehsenstirn sein berühmtes Wort aussprach: „Es ist wunderbar, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird“, wollte er nicht, wie das profane Volk glaubt, die Gewaltthäter verspotten — ganz im Gegentheil: er wollte ihnen ein Kompliment machen und die ungeheueren Vorzüge des monarchisch-absolutistischen Regierungssystems, dessen Vertreter und Stütze er ja war, gegenüber den demokratischen Staatswesen zur Geltung bringen.

Aber fast noch mehr staune ich über die Vervollkommnung der Monarchie in der Qualität ihrer dynastischen Häupter. Ihr habt da meine kühnsten Hoffnungen übertroffen. So wenig Verstand ich zu meiner Zeit für die Regierung der monarchischen Staaten notwendig hielt — das konnte ich nie ahnen, daß ein König 17 Jahre lang wahnsinnig sein könne, ohne daß er am Regieren verhindert ward, und daß Einer ein großer Kaiser sein kann, ohne zu wissen, daß seit den Zeiten des dreißigjährigen Kriegs eine industrielle Revolution sich vollzogen hat, und daß das kleine Handwerk, das zu meinen Zeiten schon todkrank war, heute ebensowenig mehr ausblühen kann, wie das Ritterthum des Mittelalters.

Zu diesem Behuf schlug die sozialistische Fraktion im deutschen Reichstag, die die Leitung der deutschen Partei bildet, eine Internationale Konferenz vor, zu der sie die verschiedenen Fraktionen der französischen Sozialisten, und diejenigen nicht-deutschen sozialistischen Organisationen einladet, mit denen sie in Verkehr und Korrespondenz steht.

Als Tag der Enthüllung des Denkmals wurde der 17. März gewählt, der Sonntag vor dem Geburtstag Johann Philipp Bechers, der am 19. März 1809 in Frankfurt am Main geboren ward, also zwei Tage nach der Feier zu seinen Ehren gerade 80 Jahre alt gewesen wäre. Gestorben ist er den 7. Dezember 1887 zu Genf.

Es war Alles gezeichnet, um die Feier möglichst würdig zu gestalten — bei aller sozialdemokratischen Einfachheit. Sämtliche Arbeitervereine Genes und der Umgegend, sowie andere sozialistische und demokratische Vereine beteiligten sich vollständig mit ihren Frauen, und gegen 100 Vereine und Organisationen von auswärts waren durch Delegationen vertreten.

Gegen zwei Uhr Nachmittags setzte sich der Zug von dem Lokale des deutschen Arbeitervereins in Bewegung — Anfangs vielleicht tausend Mann, aber bald auch Doppelt und Dreifache answellend.

Und Tausende marschierten nebenher — die Bevölkerung verhielt sich durchweg auf das Sympathische. Auf dem Kirchhof — der Weg dahin betrug fast eine Stunde — hatte sich bereits eine dicke Menschenmenge versammelt, die in lautloser Stille den Zug passiren ließ, der sofort sich in musterhafter Ruhe und Ordnung neben dem Grabe aufstellte. Einige Schritte von dem verfallenen Denkmal erhob sich eine Rednerbühne.

Ein Lied zum Andenken Bechers, vortrefflich gehalten von den Gesangsvereinen des deutschen und des schweizerischen Arbeitervereins, eröffnete die Feier. Beim letzten Ton fiel die Hülle von der Wüste, und ein bewunderndes, ehrfurchtsvolles A! entrang sich der Brust der Tausende, als sie die wohlbekannten und so herzlich geliebten Züge lebensvoll hervortreten sahen. „Das ist er!“ „Ost lui!“ „Ja, so hat er ausgesehen“, riefte es aus der dichtgedrängten Menge — aber leise, damit ja der feierliche Eindruck nicht gestört werde.

Nach einigen einleitenden Worten des Genossen Engell, der die Bedeutung der Feier kurz darlegte, wurde Liebknecht das Wort erteilt, der von der deutschen sozialdemokratischen Fraktion entsandt war. Dieser begann damit, daß die Liebe und Dankbarkeit ihn hergeführt habe, — die Liebe und Dankbarkeit, die er selbst für den Führer und Freund empfinde, und die Liebe und Dankbarkeit, von der die deutsche Sozialdemokratie für den tapferen Kämpfer mit Schwert, Wort und Feder erfüllt sei. Die Sozialdemokratie habe keinen Götzenkult und keinen Kultus. Keiner könne mehr, keiner dürfe weniger als seine Pflicht thun. Denkmäler für die Lebenden kenne die Sozialdemokratie überhaupt nicht. Wenn aber ein tapferer Genosse sein Leben hindurch für die Emanzipation der Arbeiterklasse, für alles Große und Gute gerungen, und durch ungenüßliche Leistungen die Sache des Volkes gefördert habe, dann sei es auch eine Pflicht der Dankbarkeit, nachdem er von uns geschieden, seiner zu gedenken als eines Genossen, der sich wohl verdient gemacht hat um die höchsten Interessen der Menschheit, — und als eines Vorbilds, dem wir nachzueifern haben. Redner gab hierauf eine kurze Skizze des thatenreichen Lebens Johann Philipp Bechers, der mit 16 Jahren beim Hambacher Fest — 1832 — in den politischen Kampf eintrat und ununterbrochen bis zu seinem Tod, volle 55 Jahre lang, über ein halbes Jahrhundert, stets im Vorposten der revolutionären Bewegung war. Da vornehmlich ein näherer Bericht veröffentlicht werden wird, so unterlassen wir es, auf die Ausführungen Liebknechts weiter einzugehen. Nach einer warmen Chorale für den toten Freundes, der in seiner Person die proletarische Volkskraft und das Volkshertz verkörpert habe, wie kaum ein Zweiter, — der nie gebauert, wenn es gegolten, Stellung und Leben in die Schanze zu schlagen — gedachte Redner noch der treuen Lebensgefährtin Bechers, die ihm auch Kampfgenossin gewesen, die beim Ausbruch der bairischen Revolution von 1849 ihm ihr Liebestes mitgegeben: den ältesten Sohn Gottfried, der später im amerikanischen Krieg im Kampf gegen die Sklaverei gefallen. Liebknecht schloß mit der Mahnung an alle Anwesenden, im Sinn und nach dem Vorbild des edlen Toten zu handeln, dessen Geist — wie weiland der Geist des „alten John Brown“ den amerikanischen Krieger im Kampf gegen die Sklaverei — uns voranziehen werde — inmitten anderer Helden- und Märtyrergestalten in dem Feldzug zur Emanzipation des Proletariats, welcher eben werde mit dem Fall der Bastille des Kapitalismus.

Nach Liebknecht sprach Favon, Nationalrath für Genf, ein alter Freund Bechers. Er führte aus, daß Becher neben seinen internationalen Aufgaben auch die nationalen Pflichten nicht vernachlässigt habe, daß derselbe nicht bloß ein guter Weltbürger, sondern auch ein guter schweizer Bürger gewesen sei — und daß er, bei aller revolutionären Gesinnung, doch niemals das Praktische, Erreichbare außer Acht gelassen habe. Redner zählte eine Anzahl von Reformvorschlügen auf, für welche Becher mit Eifer gewirkt habe. Er schloß mit der Aufforderung an seine Mitbürger, für die soziale Emanzipation im Sinne Bechers zu arbeiten und sich zu diesem Zweck der Waffen zu bedienen, welche die Verfassung der Schweiz allen Bürgern bietet. Wenn Sie Ihr Ziel nicht erreichen, so sind Sie selbst Schuld daran! Der Wille des Volkes ist maßgebend in unserer Republik.

Dritter Redner war Genosse Schrag von Bern, der im Namen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Schweiz einen Vorberufung auf das Grab niederlegte und die Verdienste Bechers um die internationale Sozialdemokratie hervorhob. Die schweizerischen Arbeiter brauchen ein solches Vorbild — denn auch sie haben, trotz der bürgerlichen Freiheit, den sozialen Emanzipationskampf zu kämpfen.

Nach Schrag betrat die Rednerbühne der Genfer Sozialist Heritier, der auch im Namen der Sozialdemokraten von Lyon sprach. Heritier führte aus, daß Becher ein Revolutionär gewesen sei vom Scheitel bis zur Sohle, und daß er die Pariser Kommune, deren Fest den folgenden Tag — den 18. März — gefeiert wurde, voller Enthusiasmus begrüßt habe.

Zuletzt sprach Desfontaine, ein Schwiegersohn Bechers, und dankte im Namen der Familie für die Liebe, welche dem Verstorbenen bezeugt worden.

Es wurde hierauf noch ein Gesang angestimmt und in feierlicher Ruhe den demnach die Kränze auf dem Grab niedergelegt und an dem Denkmal befestigt waren, die verammelten Tausende.

Es war eine imposante Feier, und die erbittertesten Gegner haben nichts daran zu mäkeln gefunden. Die elenden Polizeihelden aber, die zu unpassenden Sicherheitsmaßregeln gerathen hatten, sind dem Gedächtnis und der Berachtung anheim gefallen.

Eine Märzfeier, die am Tage darauf stattfand, und in der Liebknecht und Heritier sprachen, bildete gewissermaßen ein Nachspiel der Feier.

Dies der Bericht. Von dem Festkomitee werden wir noch ersucht, allen Genossen, die zur Vollendung des Werkes und zum Gelingen des Festes beigetragen, den herzlichsten Dank desselben auszubringen.

— Der Kuriosität halber oder, wenn man will, als Dokument für des deutschen Reichstags staatsmännliche Größe, wollen auch wir die Hauptabschnitte des von Preußen im Bundesrath eingebrachten Antrages auf Abänderung von Bestimmungen des Strafgesetzbuches des Preussisches kurz anführen. Nach der offiziellen Berliner „Post“ wird im neuen Entwurf „die Definition des Sozialistengesetzes von den sozialdemokratischen, sozialistischen, kommunistischen Bestrebungen ersetzt durch „Angriffe auf die Grundlagen des Staatswesens, der Monarchie, der Kirche, der Ehe und des Eigentums“. Dafür, heißt es, sind neue, sehr scharfe Strafbestimmungen im Entwurf festgesetzt. Wer auf Grund derselben einmal verurtheilt worden ist, kann politisch ausgewiesen werden, nicht dauernd, aber auf eine bestimmte Zahl von Jahren. Vereine und Versammlungen, in denen die oben erwähnten Bestrebungen hervortreten, können aufgelöst werden. Zeitungen und Drucksachen können dauernd verboten werden, wenn sie wegen derselben Bestrebungen einmal verurtheilt worden sind. Ueber die Fortsetzung solcher verbotenen Druckschriften sind ähnliche Bestimmungen wie im Sozialistengesetz enthalten. — Daß Bismarck weiß, daß sein Entwurf selbst in diesem Reichstag keine Annahme finden wird, liegt auf der Hand, aber das überlegt die Thatsache nicht, daß er ihn nicht angenommen sehen möchte. Es ist gewissermaßen das Ideal des großen Schenckens — brenners, sein Preuss. politisches Ideal, wie die Steuerbefreiung der Millionäre und die Bekämpfung aller Lebens- und Genußmittel der Proletarier sein sozialpolitisches, der Schuß und die Unterjochung des nationalen Ausbeuterthums und die Knechtung und Preis-

gebung der Arbeiterklasse sein sozialpolitisches Ideal ist. Er wird von seinem Entwurf durchdrungen sehen, was er nur kann, das Geschick der Nationalliberalen gegen denselben ist daher keinen Pfifferling werth. Ein bishiger Opposition wird er ihnen gern zugestehen, — schon die Rücksicht auf die kommenden Wahlen gebietet das — aber in der Hauptsache müssen sie über den Stock springen. Wozu ist der agrarische Flügel des Zentrums da?

Über in dieser Taktik des doppelten Aufschlages, um einen recht hohen Preis zu erlangen, etwa einen Beweis hohen staatsmännlichen Geschicks erblickt man, der nun folgerichtig auch in gewissen missäueren Praktiken des Handels hohe kaufmännische Umsicht sehen. Thatsächlich aber kennzeichnet das Vorschlagen x. den Handel auf seiner niedrigsten Stufe, und in der Politik ist es gerade so. Verkäufer und Käufer, Bismarck und seine „Kunden“ im Reichstag beweisen durch die immer wieder von Neuem sich abspielende Komödie mit den „unannehmbaren“ Entwürfen, und der „mit schwerem Herzen“ erfolglos Zustimmung nur, auf welcher niedrigen Stufe in der Politik Beide stehen.

— Vauer, das ist etwas ganz Andres. — Auf Schritt und Tritt, wohnt wir nur bilden, stogen wir im politischen Leben auf Thatsachen, welche diesen Spruch des Dichters — eine andre Fassung des alten: Wenn zwei daselbe thun, ist es nicht daselbe — immer wieder auf's Neue bekräftigen. Ganz dieselbe Handlung, die hier verherrlicht wird, wird dort verdammt, für ganz dieselbe Handlung erfolgt hier Freisprechung und dort Verurtheilung, und ganz dieselbe Wahnehmung, die gestern noch als selbstverständlich hingenommen, kaum der Erwähnung werth befanden wurde, erregt heute einen Sturm allgemeiner Entrüstung. Man spricht sehr viel von einem gleichen Recht, von einem allgemeinen Rechtsbewußtsein, aber sie bestehen nur in der Theorie, die Praxis spricht ihnen jeden Augenblick Lüge.

Wir denken da nicht an die vielen Beispiele trasser Parteijustiz — so verdammenswerth sie sind, so bilden sie doch im Ganzen nur eine verhältnismäßig geringe Ausnahme. Die Fälle, die wir im Auge haben, zeichnen sich aber durch eine gewisse Regel und Häufigkeit aus, und die Leidenschaft, die bei der Parteijustiz eine so große Rolle spielt, tritt bei ihnen in den Hintergrund. Das Unrecht, die Ungerechtigkeit, die Verletzung aller Begriffe vom gleichen Recht wurden mehr und mehr begangen. Und nicht eine geschlossene Partei, das ungreifbare Etwas, die „öffentliche Meinung“ genannt, begehrt sie.

Die öffentliche Meinung, das ist im Großen und Ganzen die Meinung der Herrschenden, der die Epoche beherrschenden Klasse, heute also die Meinung der Besitzenden. Sie wird getheilt und gläubig nachgedacht von der großen Masse der Besitzlosen, die sich nach zu keiner Erkenntnis ihrer Massenlage emporgewagen. Die öffentliche Meinung ist entrüstet, wenn große Bruchtheile der herrschenden Klasse entrüstet sind, und sie bleibt vollständig theilnahmslos, wenn die herrschende Klasse in ihrer großen Mehrheit keinen Grund sieht, sich zu erheben. Sie verdammt, was die herrschende Klasse verdammt, und sie lobt für durchaus legitim, was die herrschende Klasse für erlaubt befindet. Die herrschende Klasse verdammt jede Gewaltanwendung ihr gegenüber, die öffentliche Meinung ist ungenüßlich entrüstet, wenn einem Mitgliede oder Mitgliedern der herrschenden Klasse gegenüber Gewalt angewendet wird. Die herrschende Klasse lobt es aber durchaus erlaubt, daß sie gegen ihre Gegner Gewalt anwendet. Die öffentliche Meinung bleibt fast gänzlich unberührt, wenn von Seiten der herrschenden Klasse gegen Angehörige der beherrschten Klasse Gewalt angewendet wird. Die schreiendsten Verurtheilungen gegen Vertreter der arbeitenden Massen sind fast spurlos an dem vorübergegangen, was man „das öffentliche Gewissen“ nennt, eine den zehnten Theil so arge Verwahrlosung des Rechts an einem Angehörigen irgend einer größeren Partei der herrschenden Klasse verübt, und ein hundertmal stärkerer Protest erhebt sich. Warum? Ja Vauer, das ist ganz etwas anderes.

Wir könnten das hier Ausgeführte mit hunderten, tausenden von Beispielen belegen, aber es ist so offensichtlich, daß es keiner besonderen Veranschaulichung bedarf. Unsere Notiz soll auch keine Beschwerde über einen einzelnen Fall oder einzelne Fälle bilden, sondern eine Erklärung der vielen schreiendsten Ungerechtigkeiten, deren wir täglich Zeugen sind. Eine Erklärung, aber selbstverständlich keine Entschuldigung oder gar Verhöhnung.

Alle Bewegungen, an denen Elemente der herrschenden Klassen in größerem Maße beteiligt sind, also namentlich nationale, religiöse u. Bewegungen haben den denkbar größten Freiheitsgrad für ihren Kampf — sie dürfen sich ungehindert gestalten, was einer proletarischen Partei als das größte Verbrechen angesehen würde. Die bürgerliche Literatur nimmt von Beherrschungen des persönlichen Widerstandes gegen brutale Vergewaltigung — aber wie der gesammungstichtige Vourgeois, nachdem er am Tage seinen Arbeitern die Befähigung ihrer politischen Ueberzeugung streng verweigert, am Abend ganz hingerissen ist, wenn Marquis Posa von Philipp II. „Gedankenfreiheit“ fordert, so wird er, der vielleicht für Brutus und jedenfalls für Wilhelm Tell schwört, sein Verdammungswort zu schart, sein Urtheil ist hart finden, wenn Arbeiter sich gegen Mißbrauch der Gesetze dadurch wehren, daß sie sich — von Attentaten gar nicht zu reden — um ihrerseits über das Gese hinwegsetzen. Warum? Ja Vauer, das ist ganz etwas anderes. Und so fort, bis in die kleinlichsten Erscheinungen des täglichen Kampfes.

— Harun al Raschid, der berühmte Kalif aus dem Geschlecht der Abbasiden, ist durch die Erzählungen aus „Tausend und eine Nacht“ in der ganzen Welt als das Muster eines vortheilhaftigen Monarchen bekannt geworden — das heißt, in der ganzen Welt Derer, die ihre historischen Kenntnisse aus Märchenbüchern, Anekdotensammlungen und ähnlichen unzuverlässigen Quellen beziehen. Was es nicht Harun al Raschid, der unerkannt die Straßen Baghdad durchwanderte, um sich durch eigene Beobachtung zu überzeugen, wo es Anglist zu milbern, Ungerechtigkeiten zu bestrafen, Unrecht zu bestrafen gab? Der, wo er hinkam, Glück und Zufriedenheit zurückließ, dessen Kadenen Tausende und Abertausende beglückter Unterthanen segneten, als er — zu früh — im Jahre 187 der Hegira vom Tode creit wurde?

Deutschlands Kaiser ist nicht damit zufrieden, der „neue alte Feig“ zu sein, er will auch den Ruhm erwerben, der neue Harun al Raschid zu werden. Wir haben seinerzeit bereits mitgeteilt, wie er den Leisten der demnach in Berlin zu eröffnenden Insalverhältnisse - Ausstellung angelündigt, daß er in höchst eigener Person unangemeldet die Fabriken zu besuchen und sich davon zu überzeugen gedente, welche Magnahmen zum Schutze der Arbeit getroffen und notwendig seien — jetzt vernehmen wir durch die Schweinburg'sche Reptilienkorrespondenz, „Berliner Politische Nachrichten“ genannt, daß Wilhelm vorlage Woche seine Absicht ausgesetzt und der Ludwigs Löw'schen Nähmaschinenfabrik in Berlin, die sich vorangeweiht mit der Fabrikation von Gewehrtheilen beschäftigt, einen Besuch abgestattet hat. Ob wirklich unangemeldet, wird leider nicht hinzugefügt. Dagegen heißt es weiter:

Der Kaiser hat sich auf's Genaueste die einzelnen Maschinentheile und die an den Maschinen angebrachten Schutzvorrichtungen zeigen und erklären lassen, er hat die Arbeitsräumlichkeiten einer eingehenden Inspektion unterworfen und sich mit einer ganzen Anzahl von Arbeitern über deren Verhältnisse im Allgemeinen wie über ihre Thätigkeit in der betreffenden Fabrik unterhalten. Der Kaiser will selbst sehen, um sich ein völlig selbstständiges, unbeeinträchtigtes Urtheil in Arbeiterfragen bilden zu können, und zu solchen Entschlüssen kann man ihm und der Arbeiterklasse nur Glück wünschen.

Das Zeugniß, das der Offizier da den gewöhnlichen Berichterstatter seines Monarchen, den vortragenden Räten u. i. w., anstellt, ist ja sehr lebenswürdig, indes kann es sich selbstverständlich nicht einfallen, zu behaupten, daß es unverbürgt ist. Mit dem „Glück wünschen“ kann man aber gefälligst warten, bis die Resultate der Kaiserlichen Inspektion auf dem Gebiete der Fabrik Inspektion vorliegen.

Zeitlich ist mit dem Besuch von Fabriken wie die Löw'sche, in denen schon aus technischen Gründen alles nach dem Schärchen geht, sehr wenig gethan — wo in denen die Arbeiter der Schuß drückt, das hätte sie sich, Venen mitzutheilen, von denen sie wissen, daß sie ihnen nicht helfen werden. Will der neue Harun al Raschid die Arbeiterausbeutung an ihrer höchsten Stätte studiren, dann gehe er zu seinen geliebten Zinnungsmeistern oder zu den reichstreuen Webereibesitzern in Sachsen, dann besuche er die Pruthütten der Handindustrie

oder die landwirthschaftlichen Betriebe seiner schänapbreuenden „Obelsten und Besten der Nation.“ Oder, da das Beglücken in eigenen Hause zu beginnen hat, wie wäre es mit den Militär-Berkstätten? Da liegt uns z. B. ein Soldatenbrief aus Wittenberg vor, in dem ein „für's Vaterland“ schaffender Militärhandwerker einem Freunde seine Lage schildert.

„Wie die Sklaven“, schreibt er, „werden wir hier behandelt. Die Schuhmacher und Sattler arbeiten jetzt für das Landwehr-Bataillon in Brandenburg. Früh um 6 Uhr wird angefangen und Abends um 8 Uhr aufgehört — wer eine Minute zu spät kommt, wird mit drei Tagen Arrest bestraft, ebenso, wer es wagt, bei der Arbeit ein Wort zu sprechen. Eine Anzahl besonders ausgezeichneter Unteroffiziere stehen herum als Aufpasser und Antreiber — es fehlt ihnen zu Slaventreibern nur die Stute. Gearbeitet wird Wochentags und Sonntags (die „fromme“ Militärverwaltung hat von dem dritten Gebot ihre speziellen Begriffe. Red. d. „Soziald.“) und das in einem durch und durch feuchten Keller. Kommen die armen Kerle abgerackert nach Hause, dann müssen sie noch die während des Tages eingelaufenen Reparaturen für die Kompagnie machen, und da wird es 9, auch 10 Uhr...“

Man sieht, der neue Harun al Raschid hat ein fruchtbares Arbeitsfeld vor sich. Den Privatunternehmern kann er, da wir uns leider nicht mehr in der alten guten abholten Despotie befinden, keine Vorschriften machen, aber in der Militärverwaltung da entscheidet sein Wille. Ein Wink von seiner Hand, und die Militärbrände sind abgeschafft. Werten wir — Wilhelm II. liegt unter Blatt sehr aufmerksam — daß dieser Wink keine acht Tage auf sich warten läßt? Der neue Harun al Raschid läßt nicht mit sich spaßen.

Oder lagen wir lieber Wilhelm al Raschid. Denn von Harun mit diesem Beinamen berichtet die Geschichte, daß er in Wirklichkeit einen ganz anderen Titel verdient als „der Gerechte“. Er war, heißt es, rachsüchtig, blut- und habgierig und ging mit rücksichtsloser Brutalität gegen seine Vintzverwandten vor, die seinem Ehrgeiz im Wege standen. Wer möchte so etwas von Wilhelm II. behaupten?

— „Das ist doch nichts Neues, das ist der gewöhnliche Polizeischwindel!“ — sagte der sanftmüthige Polizeipolizist Wichmann, als er sich am 16. März wegen wesentlich falscher Denunstation zweier Hamburger Bürger — Schaubert und Anthon — zu verantworten hatte. Bei solchen Vorlesungen — es handelte sich um den Besuch des deutschen Kaisers in Hamburg — werden von der Polizei vielfach ähnliche Manöver gemacht.“ Er habe den Brief, in dem er die Betreffenden der Aufsehung zum Kaiserthum beschuldigte, im Auftrag seines „Chefs“, des Altonauer Polizeigenel, geschrieben, weil dieser verschärfte Sicherheitsmaßregeln bei Anwesenheit des deutschen Kaisers gewünscht habe. Wod, daß er die Dummheit begangen, gerade die obigen zwei Persönlichkeiten zu nennen, sei von Engel später gerügt worden.

Natürlich bestritt Engel höchst entrüstet die Wahrheit der Wichmann'schen Behauptungen, und wir wollen es auch dahingestellt sein lassen, ob nicht in diesem Fall mindestens ein gut Theil Munkerei aus persönlichen Haß den Wichmann'schen Anschlüssen zu Grunde gelegen. Trotzdem treffen dieselben das System, dem Wichmann Jahre hindurch als „Pflichtgetreuer“ gedient, und brand marken es und seine Organe vor den Augen jedes anständigen Menschen. Ob das, was Wichmann angibt, wahr ist oder nicht, ist nur für den Einzelfall von Interesse, aber daß ein Mensch, der lange Jahre hindurch der Vertraute des Polizei-Engel war, so sehr jeden Gefühls für Recht und Pflicht bar ist, daß er es für eine Vertheidigung hält, wenn er sich als einen polizeilichen Bravo hinstellt, der auf Kommando lügt und denunziert, das ist das Verzeuende, das brand markt das ganze System. Wer, der den Vorgesetzten geleitet, wird bei Anwesenheit, daß Anthon und Schaubert nicht — bei Weitem nicht — die Ersten waren, die Wichmann fälschlich denunziert hat? Kein werthvoller Mensch. Sie waren nur die Ersten, bei deren Denunzierung er hineingefallen ist. Und weshalb er hineingefallen, weshalb sein früherer Gönner ihn jetzt aus Meffer lieferte, das wissen unsere Leser: er war unbehagen geworden, er hatte aus der Schule geblüdet, er mußte unschuldig gemacht werden.

Und er wurde unschuldig gemacht. Wozu sein glücklicher Antreiber Jährgang-Kahlou das allgemeine Grenzzeichen und eine gute Anstellung erhalten, dafür muß er zwei Jahre ins Gefängniß wandern, treffen ihn zwei Jahre Ehrverlust. Staatsanwalt und Richter wußten nicht schärfer über die Gemeingefährlichkeit des Spiegels, über die Verächtlichkeit seiner Motive zu domern. Sehr schön und gut. Aber Wichmann ist doch schließlich nur ein untergeordnetes Werkzeug im großen Polizei-Apparat gewesen, und mit laienhafter Schärfe trifft daher das Urtheil das System, dem er gedient, konstatirt es die Gemeingefährlichkeit und Verächtlichkeit des ganzen „Polizeischwindels!“

— Auf welch niedrigem Stande sich das politische Leben in Deutschland noch befindet, geht aus hervor aus der Gleichmüthigkeit, mit der die schreiendsten parlamentarischen Mißstände hingenommen und geduldet werden. Der angeblich so hoch entwickelte Reichstagsmann in Deutschland stößt sich nicht im Geringsten an der Thatsache, daß bei dem geflüchteten langjähren Gang der Wahlprüfungscommissionen es fortgesetzt passiert, daß Abgeordnete ganze Legislaturperioden hindurch zu Unrecht in Parlament sitzen und durch ihre Abstinenz über das Schicksal von Gesetzen entscheiden dürfen. Schon wieder lesen wir in deutschen Blättern von solch einem Geschehen wider Gesetz und Recht. Das „Berliner Volksblatt“ schreibt:

Die Vertheilung der Wahlprüfungscommissionen der Reichstagsperiode unter Vorbehalt des Abgeordneten Marquardts hat wieder einen Erfolg zu verzeichnen. Bekanntlich war es erst möglich, aus dieser Wahlprüfungscommission über die Wahl des Abgeordneten Dr. Weßky in Waldenburg unter dem 1. Dezember 1888, also in der dritten Session nach der Wahl im Februar 1887 einen schriftlichen Bericht zu erlangen. Dieser schriftliche Bericht kam alsdann erst am 10. Januar 1889 im Plenum des Reichstages zur Verhandlung. Die Kommission hatte Gültigkeit der Wahl beantragt, trotz der im Proteste behaupteten Wahlbeeinträchtigungen des Kreiswahlinspektors Gregorowits, des Bauinspektors Bothe, des Landraths Vietes u. c. In der Reichstagsdebatte beantragten die Abgeordneten Dr. Hermes und Nicker, die Beanstandung auszusprechen und zugehörliche Vernehmung über die im Proteste behaupteten Thatsachen vorzunehmen. Es wurde sodann auf den Antrag der Abgeordneten v. Ventiglen und v. Kardorff beschloffen, die Sache zur nochmaligen Berichterstattung an die Wahlprüfungscommission zurück zu verweisen. Nachdem diese Zurückverweisung erst am 10. Januar erfolgt war, hat die Wahlprüfungscommission mehr als zwei Monate gebraucht, bis sie am 18. März dazu gelangte, wiederum die Angelegenheit durch einen schriftlichen Bericht dem Plenum vorzulegen. Die Kommission hat es allerdings um so auf, daß die Mehrheit des Reichstages Erhebungen wüßte, ehe sie sich über die Frage der Gültigkeit oder Ungültigkeit schlüssig macht. Die Kommission beantragt daher nunmehr selbst, die Gültigkeitserklärung der Wahl Weßky's auszusprechen und über Punkt II des Protestes zugehörliche Vernehmung zu veranlassen. Vielleicht wird der Reichstag vor Ohiern über diesen Antrag der Wahlprüfungscommission Beschluß fassen. Wenn aber dann die zugehörlichen Vernehmungen stattgefunden haben, so wird die Wahlperiode glücklich abgelaufen sein. Herr Weßky hat alsdann auf Grund eines mindestens zweifelhaften Mandats die ganze Wahlperiode hindurch als Vertreter des Kreises Waldenburg im Reichstags tage gesessen.“

Nu Abänderung denkt natürlich kein Mensch, denn der Staudal dauert schon seit Jahren und die die Ordnung und Gesetz liebede Majorität befindet sich sehr wohl dabei.

— Wenn die Herren Opportunisten, die in Frankreich jetzt am Ruder sind, die ausgeprobenen Mission übernommen hätten, die Bourgeois-Republik um ihren letzten Kredit zu bringen, so hätten sie es nicht gelüchelt annehmen als sie es thun. Als echte „Genußgier“ blind vernarrt in die Anwendung von Gewaltmaßregeln und die Schaffung von Ausnahmegeetzen, und als echte Vourgeois

doch zu feige, auf den Schein der Gesetzmäßigkeit zu verzichten, haben sie eine Welle von Verfolgungen gegen Boulanger und dessen Leute eröffnet, die diese nur noch populärer machen können und vor allen Dingen die Wirkung haben, daß die „Kellame“ für den „braunen General“ nicht abkriecht. Erst wurde die Patriotenliga aufgelöst, dann wurde gegen deren Leiter ein großer Staatsprozeß eingeleitet, und nun soll gegen Boulanger selbst ein Hochverratsprozeß erhoben werden. Abgesehen davon, daß Boulanger weder einen solchen Prozeß, noch selbst eine Verurteilung zu fürchten hätte — denn ein Mann mit seinen Hilfsquellen, mit seinen Verbindungen in allen Kreisen der besitzenden Klassen, hat das Gefährliche noch viel weniger zu fürchten, wird durch die Gefängnismauern noch viel weniger von seinen Anhängern abgeschlossen, als z. B. Führer von Arbeiterparteien — abgesehen also von der totalen Nullifizierung des Prozeßes, ist auch so wenig Material für einen solchen vorhanden, daß selbst der Ober-Prokurator der Republik, Boudes, erklärt hat, daran ist unmöglich eine Anklage begründen zu können, und Heber sein Amt niedergelegt hat, als dem Drängen der Herren Minister nachzugeben. Diese wollen aber ihren Prozeß und haben nicht gerührt, bis sie einen gefügigen „Rechtshüter“ gefunden, der an Stelle des Herren Boudes die Anklage erheben wird. Daß nach alledem im Prozeß die die wirklichen Angeklagten und Verurteilten sein werden, das sehen diese weisen und gemäßigten Staatsmänner nicht ein.

Selbst einem, der Republik so sympathischen Blatt wie der liberalen englischen „Daily News“ ist dieser Skandal zu arg und sie gibt den Freunden der Republik, die „Frankreich zum ersten Mal in seiner Geschichte wahre Preß-, Rede- und Versammlungsfreiheit (mit der letzteren war es übrigens nicht weit her. D. Red.) gegeben“, den Rath, sich die Sache sehr zu überlegen, bevor sie sie — die Republik — ihres schönsten Anspruchs auf Unsterblichkeit verbernen. „Es würde besser sein“, schreibt das englische Blatt, „an den Folgen dieser hochherzigen Täuschung — wenn es eine Täuschung ist — zu sterben, als durch Verfolgung zu leben. Die Letztere würde nur eine Galgenfrist gewähren, die Erstere die beste Anwaltenschaft auf Wiedererweckung zum Leben sichern.“ Die „Daily News“ kennt die französischen Opportunisten schlecht — mit Rügen und Jähnen kann man sich diese Erz-Boisgeists an die Gewalt, ganz gleich, ob sie den guten Namen der Republik ruinieren, ob sie alle Freiheiten, alle Rechte des Volkes verrathen, wenn sie nur die Galgenfrist ihrer Herrschaft dadurch um einen Tag verlängern. Sie haben Boulanger die Wege gebahnt zu seiner politischen Karriere, jetzt ebnen sie sie ihm auch zu allen drakonischen Maßregeln, die er anzuwenden gezwungen sein wird, um seine Herrschaft zu sichern. Jammervollere Politiker hat die Welt noch nicht gesehen.

Rachschiff: Im letzten Augenblick hat wenigstens die Kammer sich aufgerafft und eine von den Herren Rouvier zc. eingebrachte Verschleierung des Prozeßes mit erheblicher Majorität abgelehnt. Die Beichte gibt den guten Leuten auf dem Racken.

Krähwinkel. Wie man sich erinnert, ist vor etwa zwei Jahren Genosse Jens Christensen als staatsgefährlicher Agitator aus dem Gesamtgebiet des Großherzogthums Sachsen-Weimar ausgewiesen worden.

Heute läßt ihn das Großherzoglich sächsische Amtsgericht Weimar (laut Verfügung vom 8. März) öffentlich ausschreiben, weil er — ohne Erlaubnis ausgewandert sei.

Sähen wir die Ausschreibung nicht gedruckt vor uns — sie ist enthalten in Nr. 66 der amtlichen Weimarer Zeitung, vom 19. März — so würden wir die Sache für einen schlechten Scherz halten. Sie ist aber, wie Figura zeigt, schlechte Wahrheit.

Hoffentlich läßt Christensen sich das gefügt sein, denn wenn er sich nicht am 3. Mai auf dem Großherzoglich Weimarschen Schöffengericht, Marienstr. 13 in Weimar, 2. Etage (schade, daß nicht auch das Zimmer angegeben) einfindet, droht ihm das Gericht, „auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Königlich Preussischen Kommando zu Weimar angeordneten Erklärung verurtheilt“ zu werden.

Findet er sich aber ein, so wird er nach Paragraph 10 und 10 der Weimarschen Polizeiverordnung eingekerkert.

Wehe, wie soll er sich aus diesem Dilemma herauswickeln?

Die Sechslange **Elberfelder Geheimbündeprozeß** soll nun endlich greifbare Gestalt annehmen. „Seit ich Ihnen meinen neulichsten Bericht zugehen ließ“, schreibt man uns von dort, „sind den Angeklagten inzwischen endlich die Anklageakten mitgetheilt worden. Ich theile Ihnen aus denselben Folgendes mit: Angeklagt sind 128 Personen, sämtlich wegen Geheimbündelei, darunter ein Theil noch wegen Verbreitung verbotener Schriften, Einige ferner wegen Majestätsbeleidigung, Aufreizung der Massen zc. 410 Personen sind als Zeugen aufgeführt, ohne unsere Schuttsungen. Die Abgeordneten Grillenberger, Harm und Schuhmacher sind als Vorsetzer der geheimen Verbindung angeklagt. Derselbe in Nürnberg wegen Verbreitung der St. Galler Protokolle durch ganz Deutschland. Dann sind noch sämtliche Personen mit hier angeklagt, an die am 17. Dez. 1887 der Tischer Hr. Aug. Waderhagen in Neuburg Podete mit verbotenen Schriften gelangt haben soll, dieser selbst und seine Frau mit darunter. Weiter sämtliche Personen, welche auf einer Liste benannt sind, welche die Polizei Anfangs 1887 bei Hugo Schuhmacher in Warmen beschlagnahmt haben soll u. s. w. Die Angeklagten sind außer aus Rheinland und Westfalen aus folgenden Städten rekrutirt: Aachen, Darnstadt, Ludwigshafen, Gießen bei Ael, Gunggenau bei Kastell, Göttingen, Braunschweig, Kiel, Neuburg, Nürnberg, Stuttgart, Suhl, Neuburg zc. Was sollen diese Auswärtigen nun machen? Die Verhandlung wird innerhalb 4 bis 6 Wochen dauern, sollen sie etwa während dieser Zeit auf ihre Kosten in Elberfeld herumverweilt? Oder sollen sie fatalistisch in Hause abwarten, was ein hochweises Gericht in seiner Unerschlichkeit über sie beschließen wird? Dieser Monstre-Prozeß, lediglich ein Produkt des Schandgesetzes, ist an sich die beste, die schlagendste Verurtheilung dieses Monstre-Gesetzes. An ihren Urtheilen sollt ihr sie erkennen.“

Hoffentlich wird die Verhandlung Anlaß geben, etliche Nicht-Gelehrten in ihrer wahren Gestalt auftreten zu sehen.

In **Berlin** Massenverhaftungen und Massenhaftungen. Weder die in diesem Schandgesetz liegende Niedertracht, noch seine erweisene Nullifizierung vermögen die Polizeihäupter zum Ablassen von denselben zu bewegen. Sie sind so bar jeder Scham, erzwungen so sehr jeden Bürger, daß sie die Infamie um der Infamie willen betreiben, ganz gleich, was der Gendarm. Möge er so ausfallen, wie ihn die Barischen verdienen.

Rumänien. Die Wahlerfolge der rumänischen Sozialisten und das entschiedene Auftreten ihrer Vertreter in der rumänischen Kammer haben auf die junge Partei Verfassungen seitens der regierenden Parteien herabbeschoren, die mit aller Brutalität, deren die halbbarbarischen Vertreter für die Rechte und Interessen des Völkertums fähig sind, durchgeführt werden.

Zunächst galt es, die Wahl des Sozialisten Benjamin, gegen die ein sämtlich fabrizierter Protest eingelaufen war, zu annulliren. Eine Kommission von ausgesprochenen Gegnern des Sozialismus wurde mit der Untersuchung beauftragt, und ein gewisser Telesman zum Präsidenten des Arekes (Roman) ernannt, mit der Mission, das Terrain vorzubereiten und den Sozialisten mit eiserner Faust dort auszurollen. Der Herr zeigte sich des in ihn gelegten Vertrauens würdig. Bauern wurden verhaftet, die gekommen waren, mit Morvan und Benjamin, ihren Abgeordneten zu sprechen. Doch hören wir, wie Professor Radebe, der dritte der sozialistischen Abgeordneten, die Vorgänge in einer Korrespondenz an die „Gleichheit“ schildert:

„In allen Distrikten begann der weiße Schrecken zu herrschen. Telesman begab sich nach Sabavani, einem Dorfe des Distriktes Roman, und gab den Befehl, die Bauern dürften sich nicht mehr bei den Wahlen der Kommunalräthe betheiligen, an denen sie sich bereits viermal betheiligt hatten. Man drohte, sie mit den strengsten Strafen zu verfolgen und befahl den Unterpräfekten, sie nötigen Falls auch zu prügeln. Bei dieser Gelegenheit wagte es Telesman, einem Bauern zwei Ohreigen herunter zu hauen, welcher ihm sagte:

„Es ist nicht Sache des Präfekten zu entscheiden, wer gewählt werden soll, sondern es entscheidet die Abstimmung.“

Die Enquete fand statt. Die unerschämtesten Mittel, Terrorismus und Gold, wurden angewandt, um Zeugen gegen Morvan zu fabriziren. Geistliche, Landtschullehrer, Beamte zc. zeugten wider die Sozialisten, uns anklagend, den Terrorismus bei den letzten Wahlen organisiert zu haben. Und trotzdem Benjamin 235 Stimmen gegen 60, d. i. die absolute Majorität der überhaupt eingezählten Stimmen hatte, wurde doch seine Wahl annullirt. Morvan, empört über die infamen Erfindungen, welche man im Verichte der Enquete gemacht hatte, gab keine Demission und das reaktionäre Parlament beizte sich, dieselbe anzunehmen. Nun ist bloß mehr ein sozialistischer Abgeordneter im rumänischen Parlamente. Bald werden wir drei neue Wahlen haben, zwei in Roman und eine in Basluis. Die Sozialisten werden in allen drei Kollegien kandidiren. Was uns erwartet, ist sehr klar, man wird fürchterliche Beeinflussungen gegen uns anwenden. Was sich bei der letzten Kommunalwahl in Sabavani zugetragen hat, kann uns als Maßstab dienen, wessen die Verwaltung fähig ist.

Am 5./17. März 1889 war diese Wahl. Am Vorabend ließ der Unter-Präfekt, der Präsident der interimistischen Kommission, der Kapitän, 27 sozialistische Bauern rufen und befahl ihnen, sich bei der Wahl nicht vor Mittag einzufinden, sonst würden sie geschlagen und arretirt werden. Am Tage der Wahl ernannte man das Wahlbureau, statt es auszulösen, und man machte diesen Vorgang um 7 Uhr statt um 9 Uhr, wie es das Gesetz bei Strafe der Ungültigkeit vorschreibt. Die berufenen Sozialisten wurden davon gejagt und verfolgt. Man ließ die Kandidaten, denen nach dem Gesetze das Recht zusteht, die Wahloperationen zu kontrolliren, nicht ein; bis 2 Uhr stimmte man bei geschlossenen Thüren und man erlaubte den Anhängern der Regierung für ihre abwesenden Verwandten zu stimmen, was ganz gegen das Gesetz ist.

Mittag sah man eine Kompanie Soldaten anrücken, welche sich beim Pfarrer, in der Nachbarschaft des Bürgermeisters, aufstellte. Der Kapitän ließ zwei Wähler, F. P. Berca und J. A. Brea, arretiren, bevor sie zum Stimmen Zeit fanden. Der Polizeimeister erwartete das Resultat der Wahl ebenfalls beim Pfarrer. Man zerstörte das Stratumum dextrarum, daß eine Kontrolle unmöglich gemacht wurde, und der Unter-Präfekt Samonovici nahm an diesem Diebstahl theil. Man theilte ein außerordentliches Resultat mit. Es waren 316 Wähler und die Regierungspartei hatte 208, unsere Partei 178; die Summe der Wahlberechtigten(?) war 386! Das waren also um 70 Stimmen zu viel. Man hatte schlecht gerechnet. Doch die Nachthaber machen ähnliche Kleinigkeiten nicht verlegen, man machte ein neues Bild und gab: 316 Wähler, wovon 208 für die Regierung, 108 für die Sozialdemokraten — so daß man uns ganz einfach 70 Stimmen stahl! Am Montag nach der Wahl hielt der Präsident der interimistischen Kommission einen sozialistischen Bauern an und schleppte ihn bei den Haaren auf's Bürgermeisteramt; dort wurden ihm die Hände am Rücken gefesselt, die Füße zusammengebunden, dann hing man ihn an einen Balken und es ist nur der Intervention einiger Bauern zu verdanken, daß er dem Tode entgingen ist. Zwei Bauern kamen nach Roman, um einen Protest gegen die Wahl einzubringen. Sie wurden arretirt, in der schändlichsten Weise geschlagen und auf der Polizei eingeperrt.

In Jassy, Sandu, Mascanic verurtheilte der neue Polizeipräsident durch Verheißungen die sozialistischen Bauern zu gewinnen. Es ist ihm mit den Bauern nicht gelungen, und nun begann er Telesmans Methode, welche dieser in Roman anwandte, auch zu versuchen. Er ließ die Bauern, welche zu den Abgeordneten Radebe kamen, arretiren und schlagen; er ließ Leibesvisitationen an allen Bauern vornehmen, welche Sonntags in die Kirche kamen. Er hat zwei Lehrer gewonnen, die bis dahin zum Sozialismus hinstrebten. Die Anderen, welche sich nicht ergeben wollten, wurden bestraft — man vertrieb sie von ihren Pösteln! Den Genossen G. G. Gheorghiu hat man nach Babadagh in der Dobroudja verlegt, die Genossen M. Postia und J. Bonaites hat man von der oberen Normalsschule fortgewiesen. Man hat die Jagd nach Sozialisten organisiert. Im Distrikt von Basluis hat man, obwohl wir uns in der Wahlperiode befinden, mit der Verfolgung und Arretirung jener Bauern begonnen, welche man als Sozialisten kennt, um sie zu hindern, für den Sieg des Genossen G. Mille zu kämpfen. Man hat noch mehr gethan! Der Präfekt hat die rekommandirten Briefe geöffnet, welche wir an mehrere Leute in den Kommunen der Distrikte geschickt haben. Man hat unsere Briefe gestohlen und durch Erkundne erlesen, und außerdem hatte man die Frechheit, unsere Briefe dem Haupte der Radikalen, G. Pance, zuzukommen zu lassen, um Einigkeit zwischen den Radikalen und Sozialisten herauszubekommen.

In Bacau wurde Genosse D. A. Teodoru zum Professor am Gymnasium ernannt. Selbstverständlich hatte unser Genosse nichts Gütigeres zu thun, als mit der Organisation und Propaganda bei den Bauern zu beginnen. Diese Gile war um so nötiger, als Männer, die der sozialistischen Sache fremd gegenüber standen, dort Propaganda machten, welche neue Bauernmänner herauszubekommen konnten. D. A. Teodoru gelang es bald, Einfluß auf die Bauern zu gewinnen und sie auf den Weg des politischen und ökonomischen Kampfes zu bringen. Doch das stimmte nicht mit den Absichten der Regierung überein, welche den Agitationen der Andern keine Hindernisse in den Weg gelegt hatte. D. A. Teodoru wurde von seinem Posten verlegt und der Schrecken herrscht jetzt im Distrikt Bacau. — In den Distrikten Moldavia, Dimlovita, Jalovita zc. ist es ebenso. Daraus ersehen Sie, daß unsere Regierung schärfere Maßregeln gegen die Sozialisten ergreift, als die in Deutschland, trotzdem die Konstitution kein Ausnahmengesetz gegen die Presse, das Versammlungsgesetz und die Propaganda zuläßt.“

Es geht eben gegen die Kleinen!

Die **Opposition in den englischen Gewerkschaften** gegen das Parlamentarische Komitee derselben ist im beständigen Wachsthum begriffen. Ihr Aktuar, das von dem Bescheiden fernerer Internationaler Kongresse abtrüben, hat bei vielen seiner bisherigen Anhänger dem Fah den Boden ausgeklagelt. Bereits haben drei Brotschmeitungen von Vertretern aus verschiedenen Londoner Gewerkschaften stattgefunden und ein händiges Komitee ist eingesetzt worden, um die üblen Folgen der Aktion des Parlamentarischen Komitee in Bezug auf den Internationalen Kongreß auf ein Minimum zu reduzieren, wenn möglich ganz zu beseitigen. Verschiedene Gewerkschaften haben ihre Beiträge an das Parlamentarische Komitee demonstrativ herabgesetzt (so die Londoner Schriftsetzer auf Antrag des Sozialisten Bateman von 20 Pfund auf 5 Pfund) andere (wie die Maurergewerkschaft) sie zeitweilig ganz eingestellt.

Zu der letzten Sitzung (Montag den 1. April) wurde ferner auf den Antrag von Hrn. G. Simcox beschlossen, in internationale Korrespondenz zu treten, um festzustellen,

„ob die französischen Possibilisten, welche den bevorstehenden Kongreß organisiren, in gleich erklärter Weise vorgehen, wie unser reaktionäres parlamentarisches Komitee auf dem vorjährigen Londoner Kongreß, wo die deutschen Delegirten ausgeschlossen wurden.“

Wir können dieses Vorgehen nur mit voller Gemüthung begrüßen.

Korrespondenzen.

Blanc i. Voigt. (Sachsen.) In unserem letzten Bericht erwähnten wir unsern hiesigen Viertel und die Klemme, in die unser Stadtrat infolge eines Gesetzes, welches die Saalbesitzer an ihn gerichtet, gerathen war. Heute kann ich Ihnen mittheilen, daß sich unser hochweiser Stadtrat zu helfen gewußt hat. Die Würde haben nämlich nachgegeben — die erwähnten Vereine bekommen ihre „Höfen wieder — und der Stadtrat hat auch nachgegeben und den Saalbesitzern ihr Geseß, d. h. den gewünschten Tagsonntag noch bewilligt. Somit ist beiden der Wind gestopft und — die Sozialdemokraten bekommen keinen Saal mehr.

Diese werden aber selbstverständlich nicht nachgeben, im Gegentheil, wie werden es auch ohne Verhandlungen fertig bringen, unsern Gegnern das Leben recht teuer zu machen.

Diese Maßregelungen beweisen bloß, daß sich die Herren Stadtratsmitglieder nicht mehr sicher fühlen und zu fürchten beginnen, ihren Prober-

theuerer und Volksausungerer Harimann das nächste Mal nicht wieder in den Reichstag zu bringen. Mögen die Wähler das schlechte Gewissen der Herren nicht länger strafen!

Neumünster in Holstein. Wir haben heute den Verlust zweier weiteren Genossen zu vermelden: Genosse D. Piambeck, Kaufmann, und Genosse Jakob Hauschild sind in ganz kurzer Aufeinanderfolge und durch den Tod entribsen worden. Beide gehörten der Partei seit Anfang der sechziger Jahre an und sind ihr bis zum letzten Athemzuge treu geblieben. Im Auftrage sämtlicher Genossen Neumünster's rufen wir ihnen an dieser Stelle ein herzlich: Ehre Euren Andenken nach.

Für die kommende Reichstagswahl ist als unser Kandidat für den VII. Schleswig-Holstein'schen Reichstagswahlkreis Genosse Johannes Wedde in Lübeck aufgestellt. Wir geben guten Rathes in den Streit und hoffen auf einen günstigen Erfolg.

Fortsetzung zum dritten Duhend.

Für heute veröffentlichen wir kurz zwei den Interessenten bereits signalisirte „Gentlemen“.

Es ist dies der **Maurer Berndt**, Zwinnminderstraße 16, in Berlin N., welcher der Polizei als Spion dient; sowie der **Korbmacher Barthold**, Weidenweg 59 in Berlin O. Signalisirte und begonnene Massenausfahrungen sollen fortgesetzt werden. Lasse man sich nicht durch Kunstpausen täuschen.

Die eiserne Maste.

(Weiteres in Nr. 15. Die Red.)

Zur Beachtung!

Unterzeichnetes Komitee ersucht alle Vereine und Genossen, welche noch Subskriptionslisten für das **Vecker-De-n-f-m-a-l** haben, aufs Dringendste, dieselben zur Regelung der Angelegenheit bis zum 15. April ds. Js. an den Kassirer des Zentralkomitee **Georg Jacob**, rue Rotisserie No. 9, einzuliefern.

Das Zentral-Komitee.

Briefkasten

der Expedition: Armer Konrad: Bstlg. u. Adr. v. 23/3 notirt. Bf. am 26. beantw. — Ruth u. Kraft: Avis v. 26/3 erh. Adr. notirt. Bstlg. folgt. Komites geord. Ueber Mehrerhaltenes am 1/4 bl. verfligt. — Dr. Ept. Crpsl.: Sd. 13. — Ab. ab 1/4 bis Ende 89 erh. Katalog folgt. — G. F. Mdt.: M. 3. 50 f. Schrift. erh. Sdg. nach Wunsch besorgt. — Jopvorn: M. 52. 05 u. Gto. Ad. x. 88 erh. Briefd. geord. — A. Sch. Dion: Fr. 2. 50 Ad. 2. Cu. erh. Gewünshtes der Nr. 14 beigelegt. — Gdn a/Ab.: M. 1000. — per Hds. Ad. erh. — Nothep Apffel: Radr. v. 28. am 29/3 beantw. Adr. x. eingerent u. Weiteres nach Wunsch gerichtet. — G. A. Jda.: M. 3. 20 Ad. 2. Cu. erh. Es genügt nicht Mos Abonment zu sein. In solchem Falle müssen wir Ihre Vergangenheit und auch Ihren Verus kennen. — Antistier: M. 5. — a Gto. Ad. u. Schrift. erh. „In erster Reihe befindliche Sentenz“ — heißt: Ordnung in Permanenz. Dieser „Hoben“ gegenüber zählen Sie wohl auch nicht zu den „Frauenvergötterern“, aller Freund? Frbl. Grupp! — Regenbunnen: M. 25. — Ab. 1. Cu. u. Schrift. erh. Bstlg. notirt. Bf. das Gewünshtes. Haben Sie Gedacht, schon befragt? — Claus Groth: M. 80. — a Gto. Ad. x. erh. Bstlg. x. notirt. Adng. folgt. A. dürfte sehr wohl wissen, warum u. Bf. Näheres. — Plattkopf: M. 35. — a Gto. Ad. 1. Cu. x. erh. Adr. u. Bestellung vorgemerkt. — Mhr. Peter: Mehrerhalt. notirt. Erwartetes unterwegs. — Merkin: Adr. v. 31/3 erh. Bstlg. notirt. Weitere Aufschlüsse bl. — Monel: Sdg. freuzte wahrscheinlich mit Bf. v. 30/3. Bstlg. u. Adr. notirt. Weiteres erwartet. Bf. mehr. — Weisgenheim: Radr. v. 27/3 erh. Bf. besorgt. Möglic, daß Bf. mispfeilt. Weiteres bl. Nargelegt. — Panzerdamm: Outg. freuzte mit Anfrage. Siehe Nr. 13. Auszug und Spezialnota folgen. — R. R.: Bstlg. der 100 erh. Mehr Adr. dringend nötig. Hoffl. wird Wort gehalten, damit nicht stant. Grupp! — Nothep Eisenwurm: Je prompter Radr. gegeben wird, je rascher ist Wandel. Betreffs Hand bl. Aufschluß. — Ntopia: Näheres betr. Radr. v. 28/3 erditten u. gehen u. b. Unterbort u. Weiteres. — Schippe: Notizen Adr. u. Bstlg. Am 1/4 bl. Weiteres. — Graculus B.: Adr. geord. u. Bstlg. besorgt, wie Bf. am 1/4 gemeldet. — Distelfalt: Schriftstlg. unterwegs. Näheres bl. am 1/4. — W. P. Rg.: Besorgt wie am 27/3 bl. berichtet. — Neum-Hof Labor News Co.: Wird besorgt. Nota folgt, sobald Beauftragte Abgg. melden. — Siebener: Falsche Voraussetzungen, falsche Schüsse; bl. Näheres. — Karau: Warum Derartiges nicht in erster Linie ansäuflich in dortige Arbeiterpresse? Verlaumd u. Ehranbneider wie der Schneider Franz Holhammer aus Pfall in Tarol werden so am schnellsten kaltgestellt. Wir melden Ihnen doch, daß seine sonstigen Angaben erlogen waren. Hinand mit solchen „Finken“! — D. J. Geni: Bstlg. v. 28/3 hier. Letzter kostet 50 Gto. Straporto. Weiteres demnach und Grupp. — Kaffe: Bstlg. vorgemerkt u. Bf. Antio. auf Nachricht v. 29/3. Boregeschlagenes unmöglich. Sind das die einzigen Gründe? — Marie: Bstlg. v. 28. u. 30/3 freuzten mit unsrem. Am 1/4 wiederholt, warum Verlangt unerklärbar ist. Gründe absolut u. persönlich. — F. V. Hier: Sd. 2. — f. Schrift. erh. — J. B. Ma: M. 3. — Ab. 2. Cu. erh. — Johann: M. 2000. — a Gto. Ad. x. u. Radr. v. 26. u. 28/3 erh. Adr. geord. Bf. mehr. — Babylon: M. 22. 10 Ad. B. 89 u. 1. Cu. x. erh. Vesteres vorläufig gesperrt. Bitten Weiteres nur durch eine Hand. — F. P. A.: M. 5. — Ab. 2. Cu. erh. — Blanc: M. 100. — a Gto. Ad. x. erh. Bstlg. auf 56 vorgemerkt. Warum kein Bescheid auf frühere Anfrage betr. Ausgl. d. Allen? — Wadverus: Bf. v. 29/3 am 3/4 beantw. Adr. bl. geord. Die „verdingte Matrone“ hat der Hissere gelehrt. — Fed. W.: M. 4. 40 Ad. 2. Cu. u. M. 10. 60 pr. Hds. erh. — Erkstein u. Spdrg.: M. 5. 10 Ad. 2. Cu. u. Schrift. erh. Bstlg. x. notirt. Gewünshtes folgt. — O. M. Paris: Grupp. mit 13 abgg. N. S. nur 1 Grpl. i. Archiv, also unentbehr. — Gowie u. Co. London: Sd. 2. — Ab. 2. Cu. erh. — Nothbart III.: Radr. v. 1/4 erh. Bitten vorwärts mit dem, was da ist. — G. P. Bors.: Sd. 2. — Ab. 2. Cu. erh. — X. 3.: Ab. v. 31/3 notirt. — Bstlg. v. 31/3 erh. Weiteres dürfte jetzt dort sein. — Allan: In Nr. 7 quitierte M. 56. 95 jetzt als M. 57. — ausgebe. Adr. notirt u. Weiteres erwartet. Grupp. angeordnet, dürfte zum Theil schon dort sein. — Baras: Bf. v. 1/4 freuzte mit unsrem v. 2/4. der Gewünshtes enthielt. Weiteres demnach. Grupp. Adng. schon am 20. hier ab, nicht am 27!

— Scheide: M. 4. 40 Ad. 2. Cu. erh. — J. App. Frh.: Fr. 4. 50 Ad. 1. Cu. erh. — W. A. Huber: Fr. 5. — a Gto. u. Neumittentben erh. — D. Schmy. Hrsldn.: Fr. 2. — Ab. 1. Cu. erh. — Mitgliedshaft Basel: Fr. 27. — a Gto. Schriften erh. — Gff. Bf.: Fr. 2. 25 Ad. 2. Cu. erh. — J. Rrbh. Zuzern: Fr. 9. — Ab. 2. Cu. u. Rest 1. Cu. erh. Fr. 3. — Hds. dankend verwendet. — G. Meier Frh.: Fr. 2. — Ab. 2. Cu. erh. — Brgl. Wöl: Fr. 2. — Ab. 2. Cu. erh. —

Durch Unterzeichnete ist zu beziehen:

Der Volksfreund.

Monatliche Zeitschrift für Unterhaltung und Belehrung.

Mit Beilagen:

Die Anstalt und Der Hausarzt.

Alle 14 Tage erscheint ein Heft (3 Bogen.) Preis 35 Cts., per Quartal Fr. 2.40.

Die Schriften-Litale der „Arbeiterstimme“ in Zürich, Bähringerstraße 12.